STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18930708

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Post. des Post. Katalogs 2795) ohne Bringselgeld vierteljährlich M. 4, 20; durch die Postportofrei 36 4/4 fr. in's Haus.
Verantwortlicher Redakteur: C. Seine in Hamburg.

Sonnabend, den 8. Juli 1893.

Anzeigen werden die schlagendste Zeitungs- oder deren Name mit 30 4/4 für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 4/4 berechnet.
Anzeigen-Minuten in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Geirigen.

• Ach, hättest Du doch einen andern Text zu Deiner Bergpredigt genommen!
hat Heinrich Heine beim Anblick des großen Kreuzfusses zu Babelborn wehmüthig ausgerufen. Und was war es denn für ein Text, der dem hohen Konfessionsrat von Jerusalem, dessen Mitglieder Passiflorer genannt wurden, so anständig war, daß es die bösen Geister des Fanatismus gegen den Prediger hegte, die ihn schließlich an's Kreuz brachten? Hatte er vielleicht den Jehovah gelästert, den Unglauben und den Haß gerechtfertigt? Nicht doch, sein Thema war im Gegenfalle die Liebe, die praktische Nächstenliebe. Der „Wahnsinnigen und Beladenen“ nahm er sich an, denn es sammelte ihn des Volkes, da er so sehr, daß sie verstanden waren.“ Daher schiederte er scharfe, bittere, jortnige Worte gegen den Reichthum, der durch Raub an den Armen erworben wird; daher verlangte er von den Reichlichen, daß sie der Noth der Armen durch ihren Ueberfluß gründlich steuern; daher gestellte er die Passiflorer, die es mit den Reichlichen hielten und Religion und Kirche so zu schätzen, daß sie sich recht gut mit der Diebstahls- und Hartzherzigkeit, Ausbeutelei verträgt. „Wehe euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, ihr Schmeichler, die ihr der Wittwen Häuser freilet und wendet lange Gebete vor.“ Gebete und Gebete und Opfer und Feste und Fasten und allerlei andere Opfergaben — das war, was die offizielle Kirche von Jerusalem von ihren Mitgliedern forderte; so konnte man ein Frommer und doch ein Volksausanker und Reuefänger sein, und dabei geduldet auch der Weigen der Priester, Passiflorer und Schriftgelehrten vorzuziehen. War es ein Wunder, daß sie in Harnisch geriethen, als der Prediger aus Nazareth ihre Hirtel führte und sogar „Geldwechsler, Bankiers mit dem Reichthum aus dem Tempel jagte“? Ja, hätte er sich darauf beschränkt, den Armen Zufriedenheit zu predigen und sie auf den Himmel zu verweisen, dann wäre er ihr Mann gewesen. Sogar seine Gleichheitslehre hätte ihm die Oberkirchenbehörde von Jerusalem verziehen, wenn sie im Sinne des Umland'schen Veresses gehalten gewesen wäre: „Ich ging zur Tempelhalle, zu hören Christi's Redt: hier innen Wider alle, da draußen — Herr und Knecht.“

Auch unserem Stuttgarter Genossen Th. v. Wächter, Predigantkandidaten, hätte es die offizielle Kirche verziehen, wenn er seine Reden mit einigen Tropfen Sozialismus gefärbt hätte, wie es heutigen Tages manche Pastoren lieben. Eine solche Transfusion des Blutes ist ja geeignet, der wahren Organismus der Kirche ein Bischen anzufrischen und dem Kapitalismus wird dabei kein Haar gekümmert. Doch aber Wächter mit dem Sozialismus vollen Ernst machte, daß er Sozialdemokrat wurde, eingetragenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, daß er nach dem Vorbilde des Bergpredigers gegen den Klassenhaß und Kapitalismus mannoft Front machte, das ging dem württembergischen Hofprekterthum über die Fustschnur und so hates ihn denn dieser Tage aus der Liste der Predigantkandidaten gestrichen.

Hätte Wächter etwa den gewaltthätigen Umsturz gegredigt? Mit Nichten; vielmehr betonte er in allen seinen Reden das Gegentheil. Oder hatte er die Glaubenssätzen und Sakramente der Kirche angegriffen? Ebensovienig. Im Gegentheil war sein Lieblingssthema: „Rann ein Christ Sozialdemokrat sein?“ Er suchte nachzuweisen, daß Christenthum und Sozialdemokratie eine einander ausschließende Gegensätze wären und daß somit ein Christ sehr wohl Sozialdemokrat sein könne (entsprechend unserem Programmatz: „Religion ist Privatfache“).

„Ach, hättest Du doch einen andern Text zu Deiner Predigt genommen!“ Statt dem christlich geminten Kreisen die Sozialdemokratie zu predigen, hätte er umgekehrt den Sozialdemokraten das Christenthum predigen sollen, dann wäre ihm das offizielle schandliche Schriftgelehrtenthum hold gewesen und er hätte es noch zum Gelprediger und Bräulanen bringen können.

Der Klassenhaß zeitigt zu allen Zeiten die gleichen Erscheinungen, nur ein wenig modifiziert. Die offizielle Priesterchaft hält es immer mit der verhassten Klasse, ob sie auch der unterdrückten Klasse noch so tapfer und schuldig ist. Und wenn einmal einer ihrer Rufe aus der Art schlägt und als echter Volkstribun die Sache der Unterdrückten aufrecht hält, dann liefert sie ihn an's Kreuz oder streicht ihn aus der Liste der Predigantkandidaten.

Unser gemäßigter Genosse Wächter aber kann nun auch über das varitete Thema sprechen: „Rann ein Predigantkandidat Sozialdemokrat sein oder umgekehrt ein Sozialdemokrat Predigantkandidat sein?“

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Die Nationalliberalen werden durch Damm eine Interpellation im Reichstage einbringen, in der Aufsicht der Mandaten Wächter, die die namentlich im Westen und Siben herrschende Fustereit nehmen will. Die konservativen bringen einen Antrag auf Ermäßigung der Eisenbahntarife für die Arbeiter, damit leichter Vieh aus fatteren nach futterreichen Gegenden transportiert werden könne. Die Konfessionellen beantragen ferner, den Umfang des Reichthums zu ermitteln, und erforderlichen Falls Unterstützung durch Weichmittel zu gewähren.

Zu Abtheilungsvorlesungen sind folgende Abgeordnete gewählt worden. 1. Abtheilung: Auer, Vorlesender; v. Garlinski, Stellvertreter des Vorlesenden. 2. Abtheilung: Dr. v. Angershausen, Vorlesender; Dr. v. Marquardt, Stellvertreter des Vorlesenden. 3. Abtheilung: Frey, v. Urubow, Vorlesender; Günther, Stellvertreter des Vorlesenden. 4. Abtheilung: Dr. Liebermann, Vorlesender; Träger, Stellvertreter des Vorlesenden. 5. Abtheilung: Graf v. Rantz-Bodungen, Vorlesender; Dr. Hinkel, Stellvertreter des Vorlesenden. 6. Abtheilung: Graf v. Pomplow, Vorlesender; Graf von Pöhlke, Stellvertreter des Vorlesenden. 7. Abtheilung: Dr. v. Bennigsen, Vorlesender; Singer, Stellvertreter des Vorlesenden.

Der Schacher ist schon im Gange. Betreffs der Militärvorlage fanden, wie die „Nat. Ztg.“ meldet, Besprechungen zwischen den Führern der für die Vorlage eintretenden Parteien und mit dem Reichskanzler statt, welche die Formulierung der zweijährigen Dienstzeit und die von der Regierung über die Dedungsfrage abzugebenen Erklärungen betrafen. Obgleich, bemerkt das nationalliberale Organ, in diesen Besprechungen noch nicht alle Meinungsverschiedenheiten beseitigt sind, und die Gruppe der Antisemiten ihrer Abstimung uneinig ist, wird an der Annahme der Vorlage nicht gezwweifelt. Die Session dürfte schon Ende der nächsten Woche geschlossen werden können.

Die Stellung der Antisemiten zur Militärvorlage prüft die „Staats Ztg.“ die „Deutsche Reformpartei“, das sind die „Wohlfühlenden“ Anhänger, wie folgt:

Die vielfach verbreitete Meinung, daß die Annahme der Militärvorlage durchaus gefehert sei, ist eine irrige. Richtig ist, daß bei den Mittelparteien die Ansicht besteht, die Vorlage ohne Kommissionsberatung kurzer Hand im Plenum durchzuführen. Zur Annahme sind jedoch die Stimmen der Deutschen Reformpartei erforderlich. Diese vertritt aber den Standpunkt, die Vorlage nur dann anzunehmen, wenn die Garantien gegeben sind, daß die Kosten nicht den Mittelstand treffen, sondern in der Hauptfache durch eine erhöhte Besteuerung, durch Zugrundelegen auf ausländische Waaren zu umgebracht werden. Sie ist der Meinung, daß die nach links stehenden Parteien, welche heute bereit sind, für die Militärvorlage zu stimmen, nicht zu gehen sein werden, wenn es sich in einer späteren Session darum handelt, bezugs Aufbringung der Kosten die Wege fester heranzuziehen. Die Deutsche Reformpartei wird deshalb bei der ersten Beratung eine Interpellation einbringen, in welcher Weise die Regierung die Befehle auszuführen gedenkt, die bisher gemachten Vorschläge genügen der Reformpartei nicht, und sie ist entschlossen, die Vorlage abzulehnen, wenn die Ausrüstung der Regierung eine unzulängliche ist. Auf demselben Standpunkte steht auch, wie es heißt, ein Theil der Konfessionellen, unter ihnen die neugewählten Kompromiß-Abgeordneten, von denen man bisher im Zweifel war, ob sie der konfessionellen oder der deutsch-sozialen Partei beitreten werden.

Von anderer Seite wird der „Germania“ mitgeteilt, daß die antisemitischen Abgeordneten bis auf drei (Kühnwardt, Leuß und Liebermann v. Sonnenberg) unter allen Umständen gegen die Militärvorlage stimmen wollen, wenn bezüglich der Dedungsfrage nicht bindende Garantien für eine ihnen genehme Regelung gegeben werden.

Wer's erlist, wird's sehen!

Ein rechter Wahlsonner wird der diesjährige sein. Rann waren die Reichstagswahlen abgeschlossen, so folgten schon die bairischen Landtagswahlen. Ihnen wurden sich Ende August oder Anfang September die Landtagswahlen im bairischen Landtag anschließen. Was aus Mainz berichtet wird, rufen sich die dortigen Genossen denn auch bereits wieder für den neuen Wahlkampf. In Rheinhessen kommt dabei der dortige Landtag in Betracht. In diesem Kreis, den fester der nationalliberale Bürgermeister Wilm-Laubenheim, liegen die Orte Kappel, Stöckheim, Weisenau, Lundenheim, Hechthausen und Bredgenheim, in welchen die sozialdemokratische Partei am 15. Juni große Mehrheiten erzielte. Am nächsten Sonntag findet in Mainz im „Weissen Hof“ eine Konferenz der Vertrauensmänner des Kreises statt, in welcher die Agitation in's Leben gerufen werden soll. Bei einer neuen Agitation ist es leicht möglich, diesen Kreis für die sozialdemokratische Partei zu erobern, wodurch die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten im bairischen Landtag auf vier erhöht würde.

Auch die sächsischen Landtagswahlen sollen im Laufe des Septembers stattfinden, während die Neuwahlen des preussischen Abgeordnetenhauses erst für einen späteren Termin festgesetzt werden dürfen.

Christlich in den Wahlkämpfen hat bei den Gegnern noch selten gekehrt und je mehr sie den Boden unter ihren Füßen wahren, desto kräftiger werden sie in ihren Wahlpartien. Dafür hat die erledigte Reichstagswahl unzulängliche Beispiele geliefert und die noch nicht abgeschlossenen bairischen Landtagswahlen bestätigen die gemachten Erfahrungen. Ueber einen wachstümlichen Wahlkreis berichtet die „Mündener Post“ aus Mainz:

Das ultramontane „Ordning“-Kartell hat einen Wahlkreis ausgehört, welcher seiner Erinnerungskorruption die Krone aufsetzt. Eine wirklich geheime Wahl ist nur dann möglich, wenn alle Parteien auf dieselbe gleiche Wahlzettel anwenden. Aus diesem Grunde war von jeder das Bestreben der Sozialdemokratie, auch für die Mündener Wahlkreise einen gleichförmigen Wahlzettel einzuführen. Es ist ihr zuerst 1890 gelungen. Und als die jüngste Reichstagswahl kam, bestrifte es seiner langen Unterhandlungen mehr, um das Ueberstimmungen von 1890 zu erneuern. Der gleichförmige Stimmzettel war bereits in das allgemeine Bedürfniss übergegangen und schien für immer gesichert. Seine Anwendung bei den Landtagswahlen erlitten daher etwas Selbstverständliches und auf die erste Anregung von Seiten unserer Wahlpartei ist er erklärte die beiden anderen Parteien ihr volles Einverständnis. Man wählte ein gemeinsames Papier und kam der größeren Wichtigkeit wegen zugleich überein, den Zettel wieder zu machen, damit es nicht erst eigener Vorarbeiten für die Faltung bedürfte. Diese Verabredung ist nun auch in Mainz in Geltung worden. In Mainz II aber begannen die Führer der beiden Parteien, welche das Wahlkartell schloffen, einen eifrigen Bruch des getroffenen Uebereinkommens, indem sie einen eigenen Wahlzettel zur Anwendung brachten, der in Farbe und Form so scharf von dem verabredeten bairischen sozialdemokratischen Zettel abwich, daß man beide auf diese Schritte Entzerrung von einander unterscheiden konnte. Es liegt auf der Hand, daß die Herren auf diese Weise die bevorstehende oder unbestimmte Zukunft dieser auswärtigen Wähler vor materiellem Nachtheil für sich anzunehmen, als die Wähler vermittelst der verächtlichen oder Beeinflussungen einzuwirken suchten. Die Sozialdemokratie hat der Wirkung des Schmeichlerthums dadurch begegnet, gleich, daß sie im letzten Augenblicke noch einen Wahlzettel ausgab, welche den generischen im Format gleich, in der Farbe ähnlich waren; denn die „Ordningpartei“ hatte rathlos in ein Papier gewählt, welches in gleicher Qualität irgendwo zu erhalten war.

Ein eben solches verächtliches Wahlmanöver wurde nach der „Frnt. Tagespost“ in Nürnberg ausgeführt. Auch dort war auf Anregung des sozialdemokratischen Wahlvereins zwischen den Wahlkreisen sämtlicher Parteien für die Reichstags- und Landtagswahlen die gemeinsame Verfassung eines gleichförmigen Stimmzettels vereinbart worden. Diese Verabredung wurde für die Reichstagswahl durchwegs und für die Landtagswahl auch, so weit die Stadt in Betracht kommt, eingehalten. Dagegen wurden dem ge-

nannten Blatt aus verschiedenen Landorten so aus Stein und aus Leinwand, Kartellzettel von ganz anderen Formen eingekündigt, die dort von „liberalen“ Seite verbreitet wurden, so daß die Genossen gezwungen waren, in letzter Stunde auch noch derartige veränderte Zettel anzufertigen und verbreiten zu lassen. Diese uneheliche Handlungsweise kennzeichnet so recht die Gesinnungsüberdrücktheit unserer „Gentlemen“-Gegner. Bis auf den schändlichsten Treubruch sind sie schon gesunken, um durch solche uneheliche verächtliche Manöver womöglich noch die gefährdeten Mandate zu retten!

Genügt das es freilich nichts. Sowohl die vier Nürnberger Mandate, wie das für München II. sind erobert worden von der Sozialdemokratie und die wichtigsten Gegner haben zu dem Schaben auch noch den Schimpf.

Bei dem „Ordning“-Kompromiß in Mainz sind die Ultramontanen offenbar die Dummen gewesen. Der kirchlichen „Germania“ ist darüber bereits ein Licht aufgegangen; sie sagt:

„Aus Mainz war gemeldet worden, daß dort Centrum und Liberale ein Bündniß geschlossen hätten, um die Wahl von Sozialdemokraten (bei der Landtagswahl) dorthin zu verhindern. Die ergebnislos beiden Parteien sollten die Mandate unter sich theilen. Und das Resultat? Nach dem Ausfall der Urwahlen ist in Mainz II die Wahl der Liberalen in München II die der sozialdemokratischen Kandidaten gesichert! Mit anderen Worten: die Katholiken haben ihr Wort gehalten, die Liberalen allem Anscheine nach nicht; die Katholiken wählten, der getroffenen Verabredung gemäß, in München I die Liberalen, während sie von diesen in Mainz II höchst unehrlich im Stich gelassen wurden. Dieser Ausgang wird das „Kartell“ Bild vervollständigen, welches der Verlauf der Reichstagswahlen in den beiden Mündener Wahlkreisen der Welt zeigt.“

Ja, so geht's, wenn man sich in politische Schacher-Geschäfte einläßt. Einer ist immer der Betrogene.

Die Niederlage der Freisinnigen bei den Reichstagswahlen hat ihnen auch schon für die kommenden Wahlkreise zum preussischen Abgeordnetenhauses tiefe Angst gemacht. Der Erfolg der Sozialdemokratie bei der bairischen Landtagswahl hat den „Wohlf.“ auch noch das letzte Restchen ihrer Ueberlegenheit geraubt und mit schütternden Kränzen sieht sie die Sozialdemokratie schon ihren Einzug auch in das preussische Abgeordnetenhause halten. Sie schreibt:

„Angeht die Ergebnisse der Reichstagswahlen muß naturgemäß die Delegation antworten, daß die Sozialdemokratie sich nunmehr auch an den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause beteiligen werde. Allerdings hat die Partei bisher eine solche Beteiligung, unter Verweigerung des Dreifachen-Wahlrecht und die öffentliche Ablehnung, abgelehnt. Allein die Sozialdemokratie sieht sich durch spätere Erklärungen nie geworden, sondern richtet ihre Haltung immer so ein, wie für ihr nächstes Ziel. Und es wäre keineswegs unbedeutend, wenn die Sozialdemokratie die Zeit für den Kampf um Landtagsmandate genommen erachtete und das Verlangen trüge, so gut in der Rede als im Thun zu zeigen, wie sie im „Notenkaufe“ erscheint. Insbesondere könnte sie sich zu einem solchen Verzicht in Berlin angepoint fühlen, nachdem ihr fünf von den sechs Berliner Reichstagsmandaten in den Schooß gefallen sind. Rann irgend etwas der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühlen schaffen, so ist es die gegenwärtige Verirrtheit der liberalen Partei, die Feindseligkeit der freisinnigen Gruppen gegen einander, die nicht der unter dem „demokratischen“ wie „liberalen“ in den Wahlen entgegen stehen könnten. Das beherrschte Freisinnigorgan hofft deshalb, die Sozialdemokratie werde es nach wie vor abzulehnen, unter dem Dreifachen-Wahlrecht zu wählen, und es künftighin darin auch nicht. Die Sozialdemokratie wird ihre Kräfte nicht vergeuden und dem besten aller Wahlverfahren, wie Vismard es einst mit Recht bezeichnete. An ausschließlichen Wahlkreisen hat keine Kraft vernünftiger Weise nicht. Und beim preussischen Dreifachen-Wahlrecht ist es für die Wähler der dritten Klasse — und nur auf diese kann die Sozialdemokratie zählen — absolut unmöglich, aus eigener Kraft eine Entscheidung herbeizuführen. Der Beweis, der in der ersten und zweiten Wahl, hat in immer die Uebermacht. Die einzige Möglichkeit eines minimalen Erfolges könnte am Wege des Kompromisses erzielt werden. Dafür sind wir aber nicht zu haben.“

Bezeichnend für den Freisinn aber ist es, daß er hofft, die Sozialdemokratie, das ist die stärkste Partei Deutschlands, werde auf die Teilnahme an den Wahlen verzichten, damit die Mandate der Freisinnigen nicht in Gefahr kommen. O, du herrlicher Freisinn, du!

Der merkwürdigen Illusionen giebt sich das Kölner Organ, die „Köln. Ztg.“, in Bezug auf das Bestehen der Sozialdemokratie hin. Sie schreibt:

„Wenn man heute die sozialdemokratischen Blätter liest, so findet man in ihnen nur Klagen über den Freisinn und die bei den Wahlen erlungenen Erfolge und den Ausbruch gnuertlicher Hoffnung, daß es bei künftigen Wahlen nicht nur ebenso, sondern — im sozialdemokratischen Sinne — noch besser gehen werde. Nun soll keineswegs in Abrede gestellt werden, daß die Sozialdemokratie Siege erlitten hat, die dem bürgerlichen Standpunkt höchst betrübend sind; es muß ferner zugestanden werden, daß ihre Organisation sich zu weit entfaltet hat, daß ein Zusammenbrechen in absehbarer Zeit nicht wohl zu vermeiden ist, und endlich ist auch nicht zu übersehen, daß ein großer Theil der von den Konfessionellen an die Antisemiten abgegebenen Stimmen aller Wahrscheinlichkeit nach bereits im späteren Theil der Sozialdemokratie zu verfallen. Trotzdem sind Anzeichen vorhanden, daß die Sozialdemokratie mit den Wahlen vom Jahre 1893 auf dem Gipfel ihrer Entwicklung angekommen ist und daß man in Zukunft eher auf eine Abwärtsbewegung als auf ein Steigen rechnen darf.“

Das rheinische Vorgorgorgan schöpft diese Hoffnung daraus, daß es den bürgerlichen Parteien gelungen ist, der Sozialdemokratie einige früher besessene Wahlkreise abzugeben. Die Künftige mag sich ihrer Hoffnungen nun ruhig ergeben. Solche Verluste haben wir früher auch schon zu verzeichnen gehabt. Sie sind eine ganz natürliche Folge des Zusammenrückens der bürgerlichen Parteien, nachdem die Sozialdemokratie einen Kreis zunächst in der Stichwahl gewonnen hat. Das nächste oder übernächste Mal nehmen wir die Kreise in diesen Anlauf, um sie für immer zu besetzen. Ebenso schlecht sind die Hoffnungen der „Köln. Ztg.“

auf demnach eintretende Spaltungen innerhalb der Sozialdemokratie begründet. Diese schon so oft von den Gegnern herbeigewünschten Spaltungen werden in Zukunft so wenig wie bisher vorkommen.

Ein Muster-Abgeordneter ist Herr Dr. Bachnick, fester eine Leuchte des Freisinn. Nachdem er während der Wahlzeit sich schamlos, auf welche Seite des Freisinn er sich neigen sollte, hat er sich schließlich zur „Wohlf.“ geschlagen, seine „Mitgliedschaft“ dort dann aber dazu benutzt, das, was er erkorcht, im waderstimmlichen „Wohlf.“ gegen seine eigenen Fraktionsgenossen zu verwerthen. Welch ein unglücklicher Stantionist der Herr ist, erhellt aus einem Briefe Bachnick's, aus dem der „Reichsbote“ folgende Stelle mittheilt:

„Ich bin der Fraktion der freisinnigen Volkspartei beigetreten, und ich will hoffen, daß mit der Beibehaltung in derselben das Verbleiben möglich. Jedemfalls nehme ich, wie ich schon in Barmein gesagt, darin eine ganz unabhängige und selbstständige Stellung ein. Ich habe inzwischen bereits die Forderungen der Fraktion gemacht, als solche präzis und öffentlich gekennzeichnet, und würde, wenn die Fraktion ähnliche Fehler wiederholen wollte, meine Bedenken tragen, aus derselben auszuweichen, um der liberalen Sache im Reichstag ansehnlich dieses Fraktionsverbandes zu dienen.“

Herr Bachnick erklert den Hauptfehler in der Ablehnung des Antrages Huene, gegen den er am 6. Mai selbst gekämpft hat. Die „Berliner Ztg.“, ein Organ der freisinnigen Volkspartei, schreibt mit Recht:

„Das Verlassen dieses Herrn, der sich als Mitglied der freisinnigen Volkspartei wählten ließ, weil er auf andere Weise nicht in den Reichstag hätte kommen können, in parlamentarischen Ausdrücken zu charakterisieren, dürfte kaum möglich sein, und wir verzichten um so lieber darauf, als die unbedeutende Verwirrung nicht gerade dazu beizutragen, sie zum Gegenstande längerer Erörterungen zu machen. Wir denken, die freisinnige Volkspartei wird kurzen Prozeß mit Herrn Bachnick machen und ihm schleunigst Gelegenheit geben, der liberalen Sache ansehnlich des Fraktionsverbandes zu dienen.“

Herr Bachnick hat denn auch am Donnerstag brieflich seinen Austritt aus der Freisinnigen Volkspartei erklärt.

In der waderstimmlichen Reichstagsliste ist die „Ziff. Ztg.“ eine scharfe Kritik. Sie schreibt zu dem famosen Aufsatze des Wahlvereins der Freisinnigen Vereinigung:

„Der Tod des Liberalismus ist der Militarismus, wer für das Eine ist, muß gegen das Andere sein, sonst begeht er die Thorheit, Pferde hinten und vorn an den Wagen zu hängen. Die Herren von der „Freisinnigen Vereinigung“ glauben nun aber in unübersehbarem Optimismus, den Militarismus durch Nachgiebigkeit bezwingen, durch Konfessionellen im gegenseitigen für die Sache des Liberalismus etwas retten zu können. Das ist ein mehr als naiver Glaube, der sich im Verlauf der kurzen Geschichte des Deutschen Reiches an seinen Trägern schon mehr als einmal bitter gerächt hat und sicher noch oft mal rächen wird. So wahr es ist, daß, wie es in dem Aufsatze heißt, die gesunde Entwicklung unserer inneren Verhältnisse davon abhängt, ob es dem Liberalismus gelingt, Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und der Einzelstaaten zu gewinnen, so unweifelhaft ist es auch, daß unter unseren heutigen Verhältnissen mehr denn je dieser Einfluß durch eine feste, energiegelte Haltung auch nach oben hin, durch ein Kräftigen von Stahl vor Allen dem immer mächtiger werdenden Militarismus gegenüber gewonnen werden kann. Dies trotz aller im Laufe der Jahre gemachten trüben Erfahrungen noch immer nicht erkannt zu haben, ist der Kardinalfehler der Väter des „Wahlvereins der Freisinnigen Vereinigung.“

Wir möchten dazu doch eine Einschränkung machen. Vielleicht ist die richtige Erkenntnis der Sachlage bei der Freisinnigen Vereinigung doch mehr vorhanden, als das hundertfache Blatt annimmt. Die Herren Waderstimmfänger haben die Unfähigkeit des Bürgerthums, dem Militarismus zu wehren, begriffen; darum ihre Schmachttuch verhängung. Die Tage des Liberalismus sind damit freilich gezählt. Die gesunde Entwicklung hängt nicht mehr vom Liberalismus ab; sie herbeizuführen, ist Aufgabe der Sozialdemokratie.

In Uffage-Vorlesungen macht die Straßburger „Köln. Ztg.“ klar und das merkwürdige Verhalten des Straßburger Polizeipräsidenten Wächter sehr viel böses Blut. Dem Straßburger Wächter hat die nationalliberale „Straßburger Post“ bemerkt, „ein großes Mißverständnis“ angenommen; feldern schweigt sie. Der „Eiffener“ hat alle Ursache, an ein derartiges Mißverständnis nicht zu glauben, und schreibt: „Der „Eiffener“, der seit Freitag um die Sache wußte, wollte einweisen und aus nahe liegenden Gründen von dieser Veröffentlichung Abstand nehmen. Auf bezügliche Anfrage hin sind die genannten vier Delegirten der angeführten Fiedela bereit, jedes in obigen Zeilen enthaltene Wortedlich zu erklären. Manches andere, noch ungläubiger Wort soll gefasst sein. Auch können wir bezeugen, daß die Wächter ein gerechtes Mißverständnis hat.“

Die „Völkzeitung“ bemerkt: „Zeit mehreren Tagen ist ein großer Theil unserer Bevölkerung in gerechter Erregung über den Empfang, welchen letzten Donnerstags eine aus vier Herren bestehende Deputation des aufgehobenen Fiedela bereit, jedes Polizeipräsidenten gefunden haben soll. Wir haben ganz eingehende Erkundigungen eingezogen und dabei in Erfahrung gebracht, daß die Aeußerungen, welche der Polizeichef dieser Stadt glaubte den erschienenen Herren gegenüber sich leisten zu dürfen, alles erkenntliche Maß weit überschritten haben. Herr Dr. Müller-Simonis, der von Straßburg abwesend war, konnte den Thatsachend erst am Freitag Abend erfahren und trug dem Herrn Statthalter die laudbare Anfertigung gleich am Sonnabend Nachmittags persönlich vor. Der Statthalter theilte der Deputation mit, daß er wegen der heftigen gegen seine Person gerichteten großen Insulten den Herrn Polizeipräsidenten gerichtlich belangen werde.“

Zu der Fragestellung des Bürgermeisters Spies in Schlettstadt bemerkt die „Köln. Volksztg.“: „Aber so schäme das Ansehen des Herrn Richter, die Fragestellung des Bürgermeisters Spies von Schlettstadt ist im Grunde doch noch erstaunlicher. Freund und Feind stimmen darin überein, daß Herr Spies einer der besten Männer ist, welche im öffentlichen Leben der Reichslande thätig sind. Wie oft ist das Lob seiner Wirksamkeit im Landesausfuch auch von gegnerischen Wählern gelungen worden! Die „Straßburger Post“ nimmt ja noch vor seiner Abreise in einer Briefe, welche der schärfsten Verurteilung dieser Maßregel folgt, die Wächter hat sich geweigert, die Wahl des protestantischen Kreis-Direktors Böhmman für den Kreis Schlettstadt zu betreiben; das ist kein Verbrechen. Man ist in Altdorfhausen gewohnt, den Verwaltungs-Apparat bei der Reichstagswahl durchaus „im Sinne der vorergriffenen Behörde“ arbeiten zu sehen.“

Der Militärismus vor Gericht. Vor dem Schöffengericht in Offenbach wurde dieser Tage ein Freisinniger gegen den Redaktor des dortigen „Volkst.“, unseren Genossen Gek, verhandelt, wegen Verächtlichmachung von Staatseinkünften. Die getränkte Staatseinkünfte sollte der Militarismus sein, gegen dessen Schattenfäden in der bei Punkt u. v. Döhlen zu Hamburg erschienenen Broschüre: „Soldaten oder Menschen?“ wissenschaftlich angegriffen wird. Diese literarische Erscheinung erregte bekanntlich im Februar d. J. in der gemalten Presse ohne Parteibestimmtheit großes Aufsehen; die deutsche „Armeeg.-Zeitung“ (Redaktor Oberstleutnant von Seubert in Berlin) empfahl im Februar die Verbreitung dieser Broschüre, die in auf vortrefflicher Weise den Inhalt auf's Würdevollste im März brachte der „Volkst.“ zu ihrer Empfehlung einen Theil des Anhaltes wörtlich und ohne jede Einschränkung ab. In dieser Reproduktion erklert die hiesige Staatsbehörde eine „unwissenschaftliche Verbreitung erdichteter Thatsachen zur Verächtlichmachung von Staatseinkünften“. Die fünfjährige Gerichtsverhandlung gestaltete sich zu einer wirksamen Demonstration gegen die Uebelthat des Militarismus. Die Ausführungen des Vertheidigers, Rechtsanwält Dr. Rombach, und des Angeklagten machten auf die Geschworenen einen soch überzeugenden Eindruck, daß dieselben nach kurzer Beratung im Richtersaal in Uffage ausproben. Besonders Interesse boten die Argumente zu dieser Angelegenheit. Es fand ein Wortwechsel zwischen der Offenbacher Staatsanwaltschaft und der hiesigen Oberstaatsanwaltschaft, bezug dem Militärismus. Die Offenbacher Anklagebehörde vertrat die Meinung, daß in diesem Falle die Geschworenen zu einem freisinnigen Erkenntnis gelangen würden. Darauf wurde von Karlsruhe aus die Erhebung der Klage verordnet und die im inkriminirten Stellen mit Recht bezeugt. Dieses Antwortschreiben befand sich bei den Akten. Die Zufahrt der Offenbacher Staatsanwaltschaft mit ihrer prophylaktischen Tendenz war jedoch nicht mehr bezeugt. Sie bildete dessen ungeachtet den Gegenstand infrakturaler Erörterungen. Die Kosten des Prozesses trägt die Staatskasse.

Dieser Ehrenbürgermeister meinte, er könne sich dem entziehen; das war sein Irrthum.
„Wer soll man dazu sagen, wenn die eifrigste Verwaltung mit Männern wie Herrn Spies, dessen Konflikt- und Deutschfreundlichkeit über jeden Zweifel erhaben ist, nicht mehr auskommen zu können glaubt? Worauf rechnet sie denn noch? Sie kann doch nicht an die Seite jedes eifrigsten Bürgers einen alten deutschen Beamten stellen, und auch da würde noch eine ganz besondere Auswahl getroffen werden. Grade mit Persönlichkeiten wie dieser Schlettstadter Ehrenbürgermeister müßte die Verwaltung arbeiten; das große Maß von Vertrauen, welches solche Männer mit Recht bei ihren Mitbürgern genießen, würde ihr die Aufgabe wesentlich erleichtern. Aber es scheint an andrerhand die Würdigung dieses psychologischen Moments zu fehlen. Man will annehmen lieber niederkalten als gewinnen — ein Zug, der auch in der altdeutschen Verwaltung uns so häufig begegnet.“
Ehrig richtig.

Der Militärismus vor Gericht. Vor dem Schöffengericht in Offenbach wurde dieser Tage ein Freisinniger gegen den Redaktor des dortigen „Volkst.“, unseren Genossen Gek, verhandelt, wegen Verächtlichmachung von Staatseinkünften. Die getränkte Staatseinkünfte sollte der Militarismus sein, gegen dessen Schattenfäden in der bei Punkt u. v. Döhlen zu Hamburg erschienenen Broschüre: „Soldaten oder Menschen?“ wissenschaftlich angegriffen wird. Diese literarische Erscheinung erregte bekanntlich im Februar d. J. in der gemalten Presse ohne Parteibestimmtheit großes Aufsehen; die deutsche „Armeeg.-Zeitung“ (Redaktor Oberstleutnant von Seubert in Berlin) empfahl im Februar die Verbreitung dieser Broschüre, die in auf vortrefflicher Weise den Inhalt auf's Würdevollste im März brachte der „Volkst.“ zu ihrer Empfehlung einen Theil des Anhaltes wörtlich und ohne jede Einschränkung ab. In dieser Reproduktion erklert die hiesige Staatsbehörde eine „unwissenschaftliche Verbreitung erdichteter Thatsachen zur Verächtlichmachung von Staatseinkünften“. Die fünfjährige Gerichtsverhandlung gestaltete sich zu einer wirksamen Demonstration gegen die Uebelthat des Militarismus. Die Ausführungen des Vertheidigers, Rechtsanwält Dr. Rombach, und des Angeklagten machten auf die Geschworenen einen soch überzeugenden Eindruck, daß dieselben nach kurzer Beratung im Richtersaal in Uffage ausproben. Besonders Interesse boten die Argumente zu dieser Angelegenheit. Es fand ein Wortwechsel zwischen der Offenbacher Staatsanwaltschaft und der hiesigen Oberstaatsanwaltschaft, bezug dem Militärismus. Die Offenbacher Anklagebehörde vertrat die Meinung, daß in diesem Falle die Geschworenen zu einem freisinnigen Erkenntnis gelangen würden. Darauf wurde von Karlsruhe aus die Erhebung der Klage verordnet und die im inkriminirten Stellen mit Recht bezeugt. Dieses Antwortschreiben befand sich bei den Akten. Die Zufahrt der Offenbacher Staatsanwaltschaft mit ihrer prophylaktischen Tendenz war jedoch nicht mehr bezeugt. Sie bildete dessen ungeachtet den Gegenstand infrakturaler Erörterungen. Die Kosten des Prozesses trägt die Staatskasse.

Haunscheidung. Der Offenburger „Volkst.“ meldet vom 6. Juli: Auf Anordnung der Groß-Staatsanwaltschaft hier fand heute Vormittag in den Mündlichkeiten unserer Drucker, in der Wohnung des Redaktors Zielonki und in derjenigen des Herrn Wolff eine Haunscheidung nach dem Wunsche des Reichs zur Karatterisierung der Reichsflagge im Ueberlande haben“ statt. Die gewöhnlich verliert die Haunscheidung resultatlos.

Zur Streu- und Futternoth. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten macht im Reichstag bekannt: Während der Jahre vom 19. v. M. genehmigte Frachtermäßigung für Postkisten und Futtermittel allgemein für Verordnungen in Staatskonventionen in Geltung gesetzt sind, ist ferner in Aussicht genommen, für einzelne, besonders hart betroffene Kreise des Landes weitere Frachtermäßigungen dahin einzutreten zu lassen, daß 25 p. v. von den durch obengedachten Aufgabengebieten freigelegten bzw. 25 p. v. der auf die Staatsbahnen entfallenden Frachtkosten den Empfänger in der Befreiung von den Befreiungszwecken zu werden, wenn durch eine Vertheilung der Befreiung des landwirtschaftlichen Bereichs über das Landrecht des Reiches nachgewiesen ist, daß das bezogene Streu- oder Futtermittel in dem landwirtschaftlichen Bereiche des Empfängers Verwendung findet oder von einem landwirtschaftlichen Verein oder einem Gemeindevorstand bezogen und unter seine Mitglieder bezugs Verwendung in deren eigener Wirtschaft zur Verteilung gelangt. Dergleichen Kreise, für welche diese Maßregel in Kraft treten soll, werden den beteiligten Königlichen Eisenbahn-Direktionen innerweilts mitgetheilt werden und ist demnach sofort die erforderliche Veröffentlichung zu bewirken.“

Revision der Drogen-Handlungen. Der preussische Minister der geistlichen u. s. v. Angelegenheiten hat unter dem 7. Juni nachstehenden Erlaß an die sämtlichen Regierungs-Präsidenten gerichtet: „In Folge Mittheilung der „Barnagener Zeitung“ sollen die Revisionen der Drogen-Handlungen durch die Regierungen, Medicinalräthe und deren pharmazeutische Begleiter nicht liberal stattfinden, wie solches von hier aus bei Gelegenheit der Drogen-Revision der Apotheken-Revisionen verhandelt werden soll. In Bezug gebracht werden ist. Euer Hochwohlgebornen ersuche ich ergeblich, die dortigen Apotheken-Revisionen, sofern dies erforderlich sein sollte, geistlich anzusehen, gelegentlich der Apothekenbesichtigungen die an dem betreffenden Ort befindlichen Drogen-Handlungen regelmäßig einer Revision nach den geltenden Bestimmungen zu unterwerfen und die darüber angelegene Verhandlung Euer Hochwohlgebornen zum weiteren Besinnen vorzulegen. Wo, wie in Berlin, Breslau und Köln, die drücklichen Verhältnisse eine solche Revision nicht angänglich erscheinen lassen, ist für thunlich strenge Beaufsichtigung durch die Apotheker, wenn möglich unter Mitwirkung von Apothekern, wie dies in Berlin geschieht, zu sorgen. Ueber die Zahl der hiesig gehaltenen Besichtigungen von Drogen-Handlungen durch die gedachten Kommisarien und das Ergebnis derselben, sowie über die etwaigen Bemerkungen in dem jedesmaligen Jahresbericht des Regierungen-Medicinalraths über Apothekenbesichtigungen ersuche ich entgegen.“

Das Risiko der Arbeiter. Aus Bohum berichtet die „Ziff. Ztg.“: „Es ist dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Unglücksfälle auf den Eruben von Jahr zu Jahr zunehmen, wenn auch die Verwaltungen darauf bedacht sind, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln nicht außer Acht zu lassen. Klingt es nicht gerade ungewöhnlich, wenn innerhalb 7 Jahren 73 1/2 Unglücksfälle zu verzeichnen gewesen sind. Es sind hiesig allerdings die sämtlichen Unfälle, auch die kleinen, einbezogen. Folgende Zahlen zeigen das allmähliche Anwachsen der Unglücksfälle. Es waren im Jahr 1886: 7884, 1887: 9475, 1888: 9062, 1889: 9360, 1890: 10 804, 1891: 13 632, 1892: 13 895. Seit dem Jahre 1886 haben sich die Unglücksfälle geradezu verdoppelt. Es hängt dieses annehmen mit dem immer schwieriger werdenden Ablauf der größeren Verhältnisse und mit der Einstellung großer Mengen ungeübter Arbeiter. Weil in diesem Jahre die Förderung und der

Anzeigen.

(Für den Anzeigentheil ist die Redaktion dem Publikum nicht verantwortlich.)

Robert Katsch, Marie Katsch, geb. Reiflin. Verheiratet. Hamburg, 8. Juli 1898.

Meinen verbindlichsten Dank sage ich den Mitgliedern des 'Freundlichkeitsbundes'...

Nach Hledosch Zweifelhafte von M. S. an, auch große u. kleine Briefe...

Freidenker-Jugendbund. General-Versammlung am Sonntag, 9. Juli, Nachm. 4 Uhr präz.

Zentral-Krankenkasse d. Maler (Filiale Altona). Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, d. 12. Juli, Abds. 8 Uhr.

Arbeitsmarkt. Arbeitsnachweis, Broothofstr. 11, ist stets in der Lage, Gelegenheitsarbeiter...

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel all. Art, sow. 3 Steppmaschinen u. Falzbock mit Messer.

Bereinigte Sterbekasse, 'Eintracht u. Union'

für Erwachsene und Kinder zu Altona, Ottenen, Hamburg und Umgegend.

Gegenwärtige Mitgliederzahl: 6000 Erwachsene, 2000 Kinder.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Die monatliche Beiträge betragen für die 1. Klasse 80 M., für die 2. Klasse 40 M.

Gehtätigverlegung. Zur gefälligen Nachricht, daß ich mein Geschäft von Hammerbrookstr. 91 nach Hammerbrookstr. 102 verlegt habe.

Beste Gabe. Weber Regen, noch Blise, Erste total. Vertrieben zumal! Refutat - der Dalkes!

Geradene Herren- und Knaben-Garderoben zu wahren Spottpreisen. Herren-Westen... 1 an, 2 an, 3 an, 4 an, 5 an, 6 an.

Der Vorstand. J. A. Carl Fehmerling, 1. Vorsitzender. Aug. Wessel, 1. Kassier.

Ber wenig Geld hat, und doch elegant gekleidet gehen will, wende sich an den Hammonia-Bazar, Gr. Bursfah 47, I.

Rath in Prozeß u. Familienfachen, zuverl. Anfert. von Kontrakten, Vollmacht, Verkauftsakten, Testamenten u. Schnell u. billige Bejorgung v. Verwahrungs- u. Heiraths-Papieren.

Die neue Welt. Jahrgang 1895. Preis in Originalgebunden M. 3.50. Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Gr. Theaterstraße 44.

Bekanntmachung. Größtes Lager neuer und getragener Herrenkleider. Mod. Sommerpaletots v. M. 6 an. Sommerjackets v. M. 6 an.

Arbeiter. Sollten im eigenen Interesse bei Bedarf in Arbeiter-Garderoben einen Probeverkauf im größten Spezialgeschäft dieser Branche.

11 Altstädter Zuhlentwiete 11. Freunde und Genossen! Reell wird man nur bedient in Lichtenhain's Altstädter Laden.

1,60 Jeder elegante Hut nur 1,60. !Hafen-, Kat- u. Speicherarbeiter! Laßt Euch nicht beirren!!

Gr. Bursfah 25, 1. Etg. Hamburger Konkurrenz-Gesellschaft. Größtes Spezial-Geschäft für fertige Herren- und Knaben-Bekleidung.

!!Hochsommer!! Jacket-Anzüge in Reinen u. Molestin... von M. 3-10 an. Cachemire, Zestre, Alpacas, Turm-Jackets... von 1-7 an.

Hamburger Konkurrenz-Gesellschaft. in Firma Mayer & Co., 25 Gr. Bursfah 25, ersten Etage, 25 Gr. Bursfah 25.

Sonderfahrt nach Helgoland am Sonnabend, den 8. Juli, mit Dampfer „Patriot“. Abfahrt von der St. Pauli Landungsbrücke Abends 10 Uhr.

Skatklub. Sonntag, 10. Juli. Sonabend, 6 Uhr. Varieté-Theater. Anfang 8 Uhr.

Zum Geburststage der Frau L. P. An der Aller, ganz im Grünen, liegt ein herrliches, still und klein, Ihre Gäste zu bedienen.

Theater. Sonntag, den 8. Juli: Carl Schultze-Theater. Platten sucht, Aufspiel in 8 Akten, von Victoria Carou. Deutsch von Dr. Aug. Förster.